

# Dresdner Volkszeitung

Verlagsort: Dresden  
Raben & Co., Nr. 1268

Organ für das werktätige Volk

Verlagsort: Gebr. Schönbach, Dresden  
und Schönbach'sche Buchdruckerei

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Postgebühren mit den wöchentlichen Beilagen  
"Nach der Arbeit" und "Voll und Bell" für einen halben Monat 1 M.  
Einzelnnummer 10 Pf.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261. Sprech-  
stunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Fernsprecher Nr. 25261 und 12707.  
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachmittags.

Anzeigenpreis. Grundpreise: die 20 mm breite Nonparelzeile  
30 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 1,50 M., für auswärtsige An-  
zeigen 35 Pf. und 2 M. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche  
40 Proz. Rabatt. Für Belegüberlegung 10 Pf.

Nr. 168

Dresden, Donnerstag den 22. Juli 1926

37. Jahrg.

## Das Finanzkapital stürzt Herriot

Kolles Treiben der Börse — Herriot forderte Heranziehung des Vermögens — Die Kapitalsinteressenten aller bürgerlichen Parteien beseitigten ihn — Nun kommt Poincaré!

Das Kabinett Herriot ist bereits wieder vom Pferde gefallen, noch ehe es im Sattel lag, und es heißt, daß seine Mitglieder das Parlament durch eine Diktatur verlassen mußten, weil die draußen angesammelte demonstrierende Volksmenge eine drohende Haltung einnahm. Dieses Bild zeigt die Geschichte der öffentlichen Stimmung des gegenwärtigen Frankreichs. Vor einigen Tagen noch stürzte das Kabinett Caillaux, jung und jungfräulich, weil Herriot sich schärfte gegen die diktatorischen Vollmachten, ohne die das Kabinett Caillaux die Festigung der Währung nicht glaubte vollbringen zu können.

Um diese Währungsfrage drehen sich die Regierungskrisen, die Frankreich in den letzten Monaten erlebte. Caillaux' Vollmachtenwünsche hätten eine Ausschaltung des Parlaments für die nächsten sechs Monate zur Folge gehabt. Herriot glaubte ohne eine solche Hertrümmerung aller französischer Prinzipien auskommen zu können. Er wollte Frankreich durch das Parlament, durch das Volk selbst retten. Das Wirtschaftsprogramm, das sein Finanzminister de Monzie vorlegte, ist sicher vorklimmlicher, als es sich das Kabinett Caillaux leisten konnte, aber es ist in den Einzelheiten unklar und geht auch vorbei an den wichtigsten Forderungen, die von den französischen Sozialisten aufgestellt wurden: höhere Besitzsteuern und Kapitalsabgabe. Wenn unsere Genossen trotzdem für das Vertrauensvotum stimmten, so zeigt sich daran, wie kritisch sie die Situation einschätzen, wie sehr sie bereit sind, der republikanischen Linken entgegenzukommen und die katastrophale Wunde zu heilen, an der Frankreich zu verbluten droht.

Die patriotische Anstrengung der Sozialisten war unisonant: Herriot fand zwar die Unterstützung der Linken, aber schon die Mitte war wackelig, und die Rechte hielt in ihm schließlich den Feind. Seine Finanzpläne und der Währungs- und der Industrie zu vollstündlich, und wir wissen aus der Zeit des deutschen Inflationenscheiters, wie rückwärtslos der Kapitalismus auch in den Glanzzeiten eines Volkes keine Macht mißbraucht, um sie auf Kosten des Volkes zu vermehren. Wenn der Parlamentarismus, dabei discreditiert wird, wenn das parlamentarische Regierungssystem dabei unter den Schritten kommt — um so besser! Dem Großkapitalismus ganz Europas ist er längst ein Dorn im Auge. Die Zeit ist ohnehin zum Greifen nahe, da die Majoritäten der entwidesteten Völker sich der demokratischen Waffen des parlamentarischen Regimes entschieden bedienen werden und bedienen müssen, um sich gegen die Gefährlichkeit der großkapitalistischen Mächte zu wehren. Wenn es nach dem Willen der französischen Arbeiter- und Industriearbeiter geht, dann wird die französische Währung mit Hilfe einer reaktionären Diktatur geheilt und wer die Kosten der Operation trägt — darum tobt der aktuelle Streit. Ob die französische Staatskasse wieder angefüllt wird durch indirekte Steuern, durch Belastung der breiten Masse des Volkes oder durch Kapitalsabgabe, Erlassung der großen Sachwerte, Besitzsteuern und andere bei den Besitzenden unpopuläre Maßnahmen: das sind die Fragen, um die gerungen wird, über die drei Kabinette binnen kurzer Zeit stürzten!

Der mit der Diktatur! Der Parlamentarismus ist zu schwach zur Lösung großer Probleme! — Ichreit ist in Frankreich die Rechte. Wie bekannt klingt uns dieser Lärm! Aber nicht der Parlamentarismus ist zu schwach, sondern der Wille der breiten Volksmassen ist in ihm verfallend und schwach vertreten, und die außerparlamentarische Macht der Arbeiterklasse ist zu schwach organisiert. Frankreich hat längst keine verdeckte Diktatur wie die übrigen Kulturländer: die Diktatur der kapitalistischen Wirtschaftskapitäne, die mit verbörderischer Sabotage, mit dunklen Vörsen und Finanzmanövern ihre Macht hinter den Kulissen der Legalität spielen lassen, ohne daß der kleine Bürger, der kleine Rentner, der Arbeiter recht weiß, von woher getoschen wird.

Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich gegen autoritäre Regierungssysteme, aber wir können uns denken, daß eine Diktatur in bestimmten historischen Augenblicken notwendig sein kann. Von wem sie ausgeht wird, in wessen Namen und in wessen Interesse, das ist für uns das Entscheidende. Die Völker Europas leiden unter der Diktatur der Wirtschaftshyänen seit Kriegsende mehr noch als vorher. Wenn sie sich jetzt in den oder jenen Ländern auch politisch durch Ausschaltung des Parlaments durchsetzen sollte, so wäre es nur das traurige Ergebnis der Tatsache, daß die härteste Macht hat, wer die Wirtschaft in der

Hand hält. Und das sind die trotz organisierten Trusts, Kartelle und Konzerne der wenigen der Großindustrie, denen die zerstückelten Volksmassen heute noch keine gleichstarke Organisation, keine gleiche Einheitslichkeit entgegenzusetzen können. Um beim aktuellen Fall zu bleiben: Unsere französischen Genossen müßten einer Diktatur des Volkes, ausgeübt von einer Regierung, die als Repräsentantin der Befehlshaber gelten könnte, wahrscheinlich zustimmen. Denn es würde sich in dieser Situation darum handeln, die Diktatur einer kleinen, mächtigen Clique, deren Patriotismus den Sitz im Portemonnaie hat, durch eine soziale Diktatur zu ersetzen.

Die augenblicklichen parlamentarischen Verhältnisse in Frankreich scheinen zu einer andern Wendung zu drängen. Der Präsident Doumergue neigt als guter Bourgeois der bourgeois Lösung zu und hat Poincaré mit der Bildung eines neuen Kabinetts beauftragt. Der starke Mann taucht wieder auf, der den Ruhrkrieg dem Schein nach gewann, der Wirkung nach verlor. Denn wenn der französische Frank heute im Sterben liegt, so hängt das mit Poincaré's unheiliger Gewaltspolitik untrennbar zusammen. Die schwächste Deutschland, sie sich Europa nicht zur Ruhe kommen, sie zwangerte dem französischen Kleinbürger und der französischen Wirtschaft Illusionen vor, auf die sich die Wirtschaft einstellte, ohne daß sie sich erfüllten. Poincaré glaubte, daß durch brutale Niederhaltung Deutschlands und strenge Anwendung des Versailler Vertrags Frankreich fett werden könne. Das war eine falsche Rechnung, wie Figuren zeigt. Wähten die dreien Volksmassen solche Zusammenhänge hinreichend zu überblicken und Ergebnisse der Politik auf ihren Ursprung zurückzuführen — der Gewaltmeier wäre jetzt in Paris nicht der neue Mann.

### Die entscheidende Abstimmung

P. Paris, 22. Juli. (Eig. Funkspruch.) Noch in der Nacht ist das Kabinett Herriot mit einer Mehrheit von 53 Stimmen gestürzt worden. Eine Entschädigung

in der das Vertrauen der Kammer zur Regierung ausgesprochen werden sollte, daß sie eine energische Finanzpolitik durchführen werde, wurde mit 290 gegen 237 Stimmen abgelehnt. Damit war das Schicksal des Ministeriums Herriot bereits nach 48 Stunden entschieden. Herriot verließ mit den übrigen Ministern sofort den Sitzungssaal, wobei ihm lediglich die Sozialisten und ein Teil der Radikalsocialisten eine Kundgebung veranstalteten. Die Regierung hat unmittelbar danach dem Präsidenten der Republik das Rücktrittsgeschreiben des Kabinetts überreicht.

### Das Spiel der Kapitalsinteressenten

P. Paris, 22. Juli. (Eig. Trahtbericht.) Das Treiben der Reaktionen und vor allem der Borseninteressenten gegen Herriot war planmäßig organisiert worden. Man fürchtete irgendwie von ihm Eingriffe in den Fiskus. Man erfand das Gerücht, Herriot werde sich überhaupt der Kammer nicht stellen, sondern vorher schon verschicken. Der Jubel darüber auf der Börse war so groß, daß die Währungsnot in die Höhe ging. Das englische Pfund fiel sofort von 242 auf 230 Frank. Als sich am Nachmittag die Währungsnot nicht bewahrheitete, hielt sich der Frank trotzdem, da die Börse überzeugt blieb, daß die Kammer das Ministerium noch am Mittwoch kürzen werde.

### Die Regierungserklärung

Unter Ausbeutung aller Kräfte, einschließlich des Rabatts des reichen Pöbels um das Parlamentengebäude, ist den Kapitalsinteressenten auch der Sturz Herriots gelungen. Als die neue Regierung im Sitzungssaal erschien, wurde sie ohne jede Kundgebung mit einem Schweigen empfangen. Sofort befragte Herriot die Tribüne zur Verlesung der Regierungserklärung. Sie war kurz. Der Ministerpräsident betonte, daß das Ziel der Finanzpolitik der Regierung die Stabilisierung sei, die jedoch nicht ausschließlich auf ausländische Kredite aufgebaut werden könne. Über müssen gebracht werden! Die Regierung werde unter keinen Umständen eine Erhöhung des Notenumlaufs zulassen. Als Ausgleich für die Verluste, die die Inhaber von Staatspapieren erlitten hätten, plane das Kabinett eine Ausgleichsaktion auf alle andern Vermögenswerte, die nicht dem Staatskredit zugute gekommen sind. Als die dringende Aufgabe betrachtete die Regierung die Rückführung der ins Ausland geflüchteten Vermögen. Sie werde deshalb eine neue Amnestie erlassen, aber mit strengsten Strafen gegen diejenigen vorgehen, die trotzdem ihr Kapital ins Ausland leiteten. Die Erklärung schloß mit der Auf-

## Der Zensurskandal

Die Reichsregierung einmütig für das Verbot

Die Sozialdemokratie hat durch ihre gegenwärtige Anstrengung über die Haltung der Reichsregierung beim Verbot des Potemtschik den Weg der endlichen Aufklärung über das ganze Treiben und die wahrhaft Beteiligten betreten. Die Regierung muß nun Rede bekennen. Inzwischen geht der Streit um die Haltung des Kabinetts und seiner demokratischen Mitglieder. Den Anfang mit neuen Enthüllungen machte die Tagesliche Rundschau mit den getrennt veröffentlichten Angaben, daß die Reichsregierung sich vor dem Verbot des Potemtschik-Films durch die Überprüfungsstelle zweimal mit dieser Angelegenheit befaßte und sich schließlich für ein Verbot entschied. Der demokratische Zeitungsdienst erklärt diese Darstellung auf Grund von Informationen von „zuständiger Stelle“ in wesentlichen Punkten für unrichtig, befreit, daß die Regierung jemals einen Beschluß über das Verbot oder die Zulassung des Films gefaßt habe, und behauptete schließlich, daß es der Reichsstaatsminister am 17. Juli habe, irgendwie auf das schwebende Verfahren Einfluß zu nehmen.

Was ist nun wahr? Es wird zunächst nicht bestritten, daß sich die Reichsregierung in einer Kabinettsitzung mit der Filmangelegenheit befaßt hat und es wird fälschlicherweise behauptet, daß die demokratischen Minister Gehler und Reinhold sich für ein Verbot des Films ausgesprochen haben. Die andern Minister haben sich wahrscheinlich noch weniger demokratisch verhalten, und es ist angelehnt dessen nicht anderes als ein Wortlaut, wenn der „Demokratische Zeitungsdienst“ feststellt, daß ein Beschluß über das Verbot oder die Zulassung des Films nicht gefaßt worden ist. Wenn ein Beschluß, wenn sich die Herren Minister, so nun Demokrat oder Volksparteier, wolle einig sind?

Ausdrücklich der Reichsminister des Innern scheint weder der Vorführung des Films in Gegenwart der Regierungsglieder, noch der fraglichen Kabinettsitzung beigewohnt zu haben, so daß alle Schlussfolgerungen an die Entscheidungen der Tageslichen Rundschau auf keine Weise zunächst weiter zu führen. Sie bleiben vorläufig aber richtig, bestehen in Bezug auf den unpopulären Herrn Gehler und den demokratischen Finanzminister. Dabei ist es völlig gleichgültig, ob sich das Kabinett mit der Angelegenheit befassen, oder, wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ gegenüber der Tageslichen Rundschau behauptet, nur zumut befaßt hat. Das Wesentliche an der ganzen Sache bleibt nach dem bisherigen Stand der Aufklärung: daß die Regierung, ohne das befürwortet zu beabsichtigen, einmütig für ein Verbot war

und wahrscheinlich auch in diesem Sinne ihren Einfluß geltend

gemacht hat. Was eine Fortsetzung, wenn man nachher ihre Ergebnisse nicht praktisch geltend machen will? Dafür dürfte selbst die Zeit der jetzigen Regierung noch zu kurz sein.

Was stellen also jetzt? Das Verbot des Potemtschik-Films ist ein großer Skandal und bedeutet einen glatten Rechtsbruch, an dem die Reichsregierung samt ihren demokratischen Ministern Gehler und Reinhold nicht unbeteiligt ist.

### Eine neue nationale Hege

Der Erfolg der Potemtschik-Hege macht Schule. Das hat von vornherein klar, und gerade deshalb war es notwendig, den Kampf gegen das Filmverbot zu führen, um nicht der Willkür einzelner Bureaukraten und dem Mißbrauch der deutschnationalen Eliten für alle Zeiten Tür und Tor zu öffnen.

Am Dienstag erfolgte in Berlin die Aufführung des Films „Die Stadt ohne Juden“. Es handelt sich um einen völlig unpolitischen Film, gegen dessen Vorführung selbst die „Wahlkreise im Reichsministerium des Innern nichts einzuwenden hatten. Das heißt schon allerhand. Aber die deutschnationalen und völkische Kreise wollten es anders. Ihr Anhang hatte das Reichsministerium am Aufführungsort bereits vor Beginn der Vorführung auf Befehl des Reichsministers, um als der Film zu laufen begann, zum zu erregten Protesten, und „Judenrufen“, alles auf Befehl. In leidenschaftlicher Weise wurde gegen das jüdische „Lindenschmeißer“ — lautet die Deutsche Zeitung, die es wissen muß — Stellung genommen und das Eintrittsgeld zurückverlangt. — Dann heißt es in dem gleichen Blatt:

„Wir werden jetzt schon die Behörden auf die heftigste, gemeinbezügliche Tendenz dieses Measurals aufmerksam machen. Ein Verbot wäre im Interesse der öffentlichen Sicherheit unbedingt am Platze, da es bei weiteren Aufführungen sicher zu neuen schweren Zwischenfällen kommen dürfte.“

Das bedeutet: Entweder befolgt der unsere Wille, oder die deutschnationalen und völkischen Junglinge werden den Herrn Reichsminister, wenn man ihnen Gelegenheit dazu gibt, die „Wahlkreise im Reichsministerium des Innern“ jetzt also ihre ersten Schritte, und es zeigt, daß sie in ihrer Unbegrenztheit, selbst bei der Verlesung der Staatsherrschaft, nicht nur die Reichsregierung, sondern auch die Reichsminister, in diesem Sinne beiraten, und daß sie, wenn sie aber trotzdem, daß von Herrn Gehler und dem Reichsminister, die die jüdische Tendenz bestrafen werden, das Verbot der Aufführung des Potemtschik-Films aufheben werden, dann geht jetzt der Staat.

Das Kabinett Herriot ist bereits wieder vom Pferde gefallen, noch ehe es im Sattel lag, und es heißt, daß seine Mitglieder das Parlament durch eine Diktatur verlassen mußten, weil die draußen angesammelte demonstrierende Volksmenge eine drohende Haltung einnahm. Dieses Bild zeigt die Geschichte der öffentlichen Stimmung des gegenwärtigen Frankreichs. Vor einigen Tagen noch stürzte das Kabinett Caillaux, jung und jungfräulich, weil Herriot sich schärfte gegen die diktatorischen Vollmachten, ohne die das Kabinett Caillaux die Festigung der Währung nicht glaubte vollbringen zu können. Um diese Währungsfrage drehen sich die Regierungskrisen, die Frankreich in den letzten Monaten erlebte. Caillaux' Vollmachtenwünsche hätten eine Ausschaltung des Parlaments für die nächsten sechs Monate zur Folge gehabt. Herriot glaubte ohne eine solche Hertrümmerung aller französischer Prinzipien auskommen zu können. Er wollte Frankreich durch das Parlament, durch das Volk selbst retten. Das Wirtschaftsprogramm, das sein Finanzminister de Monzie vorlegte, ist sicher vorklimmlicher, als es sich das Kabinett Caillaux leisten konnte, aber es ist in den Einzelheiten unklar und geht auch vorbei an den wichtigsten Forderungen, die von den französischen Sozialisten aufgestellt wurden: höhere Besitzsteuern und Kapitalsabgabe. Wenn unsere Genossen trotzdem für das Vertrauensvotum stimmten, so zeigt sich daran, wie kritisch sie die Situation einschätzen, wie sehr sie bereit sind, der republikanischen Linken entgegenzukommen und die katastrophale Wunde zu heilen, an der Frankreich zu verbluten droht. Die patriotische Anstrengung der Sozialisten war unisonant: Herriot fand zwar die Unterstützung der Linken, aber schon die Mitte war wackelig, und die Rechte hielt in ihm schließlich den Feind. Seine Finanzpläne und der Währungs- und der Industrie zu vollstündlich, und wir wissen aus der Zeit des deutschen Inflationenscheiters, wie rückwärtslos der Kapitalismus auch in den Glanzzeiten eines Volkes keine Macht mißbraucht, um sie auf Kosten des Volkes zu vermehren. Wenn der Parlamentarismus, dabei discreditiert wird, wenn das parlamentarische Regierungssystem dabei unter den Schritten kommt — um so besser! Dem Großkapitalismus ganz Europas ist er längst ein Dorn im Auge. Die Zeit ist ohnehin zum Greifen nahe, da die Majoritäten der entwidesteten Völker sich der demokratischen Waffen des parlamentarischen Regimes entschieden bedienen werden und bedienen müssen, um sich gegen die Gefährlichkeit der großkapitalistischen Mächte zu wehren. Wenn es nach dem Willen der französischen Arbeiter- und Industriearbeiter geht, dann wird die französische Währung mit Hilfe einer reaktionären Diktatur geheilt und wer die Kosten der Operation trägt — darum tobt der aktuelle Streit. Ob die französische Staatskasse wieder angefüllt wird durch indirekte Steuern, durch Belastung der breiten Masse des Volkes oder durch Kapitalsabgabe, Erlassung der großen Sachwerte, Besitzsteuern und andere bei den Besitzenden unpopuläre Maßnahmen: das sind die Fragen, um die gerungen wird, über die drei Kabinette binnen kurzer Zeit stürzten! Der mit der Diktatur! Der Parlamentarismus ist zu schwach zur Lösung großer Probleme! — Ichreit ist in Frankreich die Rechte. Wie bekannt klingt uns dieser Lärm! Aber nicht der Parlamentarismus ist zu schwach, sondern der Wille der breiten Volksmassen ist in ihm verfallend und schwach vertreten, und die außerparlamentarische Macht der Arbeiterklasse ist zu schwach organisiert. Frankreich hat längst keine verdeckte Diktatur wie die übrigen Kulturländer: die Diktatur der kapitalistischen Wirtschaftskapitäne, die mit verbörderischer Sabotage, mit dunklen Vörsen und Finanzmanövern ihre Macht hinter den Kulissen der Legalität spielen lassen, ohne daß der kleine Bürger, der kleine Rentner, der Arbeiter recht weiß, von woher getoschen wird. Wir Sozialdemokraten sind grundsätzlich gegen autoritäre Regierungssysteme, aber wir können uns denken, daß eine Diktatur in bestimmten historischen Augenblicken notwendig sein kann. Von wem sie ausgeht wird, in wessen Namen und in wessen Interesse, das ist für uns das Entscheidende. Die Völker Europas leiden unter der Diktatur der Wirtschaftshyänen seit Kriegsende mehr noch als vorher. Wenn sie sich jetzt in den oder jenen Ländern auch politisch durch Ausschaltung des Parlaments durchsetzen sollte, so wäre es nur das traurige Ergebnis der Tatsache, daß die härteste Macht hat, wer die Wirtschaft in der

19. 7. 26